

Herr Sigg, Sie sagten einmal: In China bin ich viel berühmter als in der Schweiz. Ist das immer noch so?

Ich kann nicht klagen. Die nächsten Tage stehe ich vor der Kamera. Geplant ist eine Serie über meine Person im chinesischen Fernsehen. Sie umfasst fünf 45-minütige Episoden. Davor wurde ich am 1. Oktober im Staatsfernsehen zur Politik der offenen Türe befragt, die in China vor 40 Jahren begann.

Ihre Popularität gründet darauf, dass Sie im Auftrag von Schindler gleichsam den Kapitalismus nach China brachten. Wie kam es dazu?

Wenige Tage nachdem der damalige faktische Staatschef Deng Xiaoping am Parteitag verkündet hatte, das Land brauche Hilfe von aussen, besichtigte eine chinesische Delegation unsere Liftfabrik in Ebikon. Die Besucher stellten die Frage, ob Schindler die Aufzugstechnologie in China präsentieren wolle.

Weshalb gerade Schindler?

Auch andere grosse Aufzugsfirmen erhielten eine Einladung. Wir befanden uns also in einem harten Rennen um den Zuschlag, wer die chinesische Aufzugsindustrie modernisieren darf. Parallel dazu standen auch andere Industrien im Visier der Chinesen. Der Auto-

Die Schweiz riskiert ein Eigentor

Kommentar auf Seite 11

hersteller General Motors stand kurz vor dem Abschluss eines Joint Venture. Doch der Aufsichtsrat genehmigte den Vertrag am Schluss nicht. Man hatte nicht den Mumm, Geld und Technologie nach China zu schicken.

Sie schon.

China war für die Aufzugsindustrie damals noch der letzte weisse Fleck auf der Weltkarte. Mein Bauchgefühl sagte mir: Wenn es uns gelingt, China zu besetzen, erhalten wir einen enormen Vorteil. Ich habe mit allen Mitteln versucht, dies dem Verwaltungsrat zu vermitteln. Am Schluss fasste sich die Firma ein Herz und unterzeichnete den Vertrag.

Schindler erhielt 1980 die Produktionsbewilligung. Das Joint Venture hatte in den nachfolgenden Jahrzehnten Modellcharakter für Investitionen in China.

Ja, heute scheinen Investitionen in China das Selbstverständlichste auf der Welt. Damals galt das Abkommen aber als Verrücktheit. Ich musste viel Überzeugungsarbeit leisten. Über eine Million im Ausland investierende Unternehmen wählten in den folgenden Jahren dieses Modell. Vieles davon, was ich ausgehandelt habe, fand später Eingang in das chinesische Recht. Damals gab es noch keinen gesetzlichen Rahmen. Ich musste den chinesischen Partnern erklären, was überhaupt eine Gesellschaft ist, was eine Aktie und wie Gewinn ermittelt und besteuert werden soll. All das war nirgends festgeschrieben.

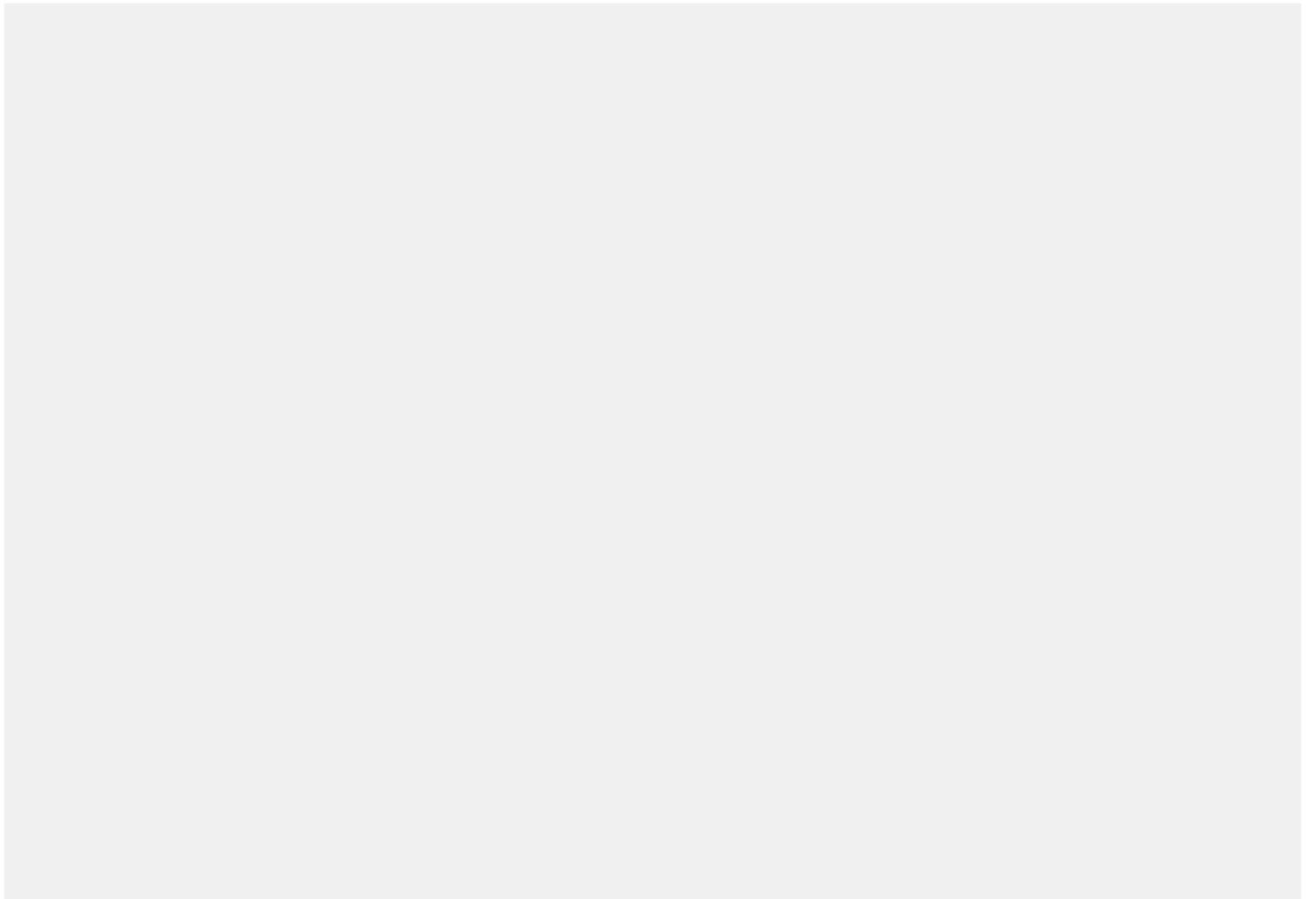
Die Schweiz war später auch das erste Land, dem es gelang, mit China ein Freihandelsabkommen abzuschliessen. Geniesst unser Land in China einen Sonderstatus?

Vielleicht schon. Der Schweiz hat im Verhältnis mit China ihre Unabhängigkeit und Neutralität geholfen. Weil sie nie verschränkt war mit den früheren Kolonialmächten, konnte sie auch historisch unbelastet auftreten. Ein weiterer Vorteil ist, dass sie keinem übergeordneten Staatenverbund angehört.

Exakt vor 70 Jahren hat die Schweiz als eines der ersten Länder die von Mao Zedong ausgerufenen Volksrepublik China anerkannt.

Ja. Viele Länder wollten das kommunistische Regime wegen ideologischer Bedenken nicht anerkennen. Die Schweiz dagegen handelte nach dem Grundsatz, dass jede Regierung, die ihr Territorium beherrscht, ihre Anerkennung erhält – unbesehen der ideologischen Ausrichtung. Bei der Gründung des ersten Joint Venture hat uns das genützt.

Von chinesischer wie auch von Schweizer Seite wird immer die besondere Freundschaft zwischen den beiden Län-



Uli Sigg in seinem Garten neben dem Kunstwerk «Der Mantel der Legitimität» von Sui Jianguo, das einer Maojacke nachempfunden ist.

MARTIN RUETSCHI / KEYSTONE

«Wir müssen uns verbessern, wenn wir gegen China bestehen wollen»

Uli Sigg brachte vor 40 Jahren den Kapitalismus in die von Mao geprägte Volksrepublik. Heute sagt der Kunstsammler und China-Kenner, die Schweiz müsse ihre Demokratie modernisieren. Nur so lasse sich die Herausforderung China meistern, erklärt er im Gespräch mit David Vonplon und Michael Settelen



Aussenminister Pierre Graber (Dritter von rechts) besucht 1974 als erster amtierender Bundesrat China – und eine Teeplantage bei Hangzhou.

DIPLOMATIC DOCUMENTS OF SWITZERLAND

dem betont. Ist das mehr als nur Polit-rhetorik?

Nein. Dass die Schweiz die Volksrepublik vor den westlichen Grossmächten anerkannte, wurde zwar früher von den Chinesen honoriert. Inzwischen ist diese Erinnerung in China aber verblasst – und kommt nur noch in Reden zur Sprache.

Bietet die oft bemühte Freundschaft auch die Möglichkeit, China ein kritischer Freund zu sein?

Das muss sie sogar. Die Frage ist allerdings, wie man die Kritik vorträgt. Wichtig ist, dass sie jeweils Sachkenntnis signalisiert, was die chinesische Realität anbetrifft. Viele Regierungsvertreter anderer Länder nehmen darauf keine Rücksicht – was den Chinesen dann in den falschen Hals gerät.

Müsste sich die Schweiz wegen ihrer speziellen Rolle mehr einmischen?

Die Schweiz soll sich weder verstecken noch sich verleugnen. Sie darf nicht meinen, sie könne den Chinesen nach dem Maul reden und das bringe ihr dann Vorteile ein. Sie muss offen sagen, was sie denkt. Aber mit Anstand und ohne dass sich die Chinesen vorgeführt fühlen.

Die Schweiz hat letztes Jahr ein umstrittenes Abkommen mit China zur Zusammenarbeit an Vorhaben entlang der neuen Seidenstrasse unterzeichnet. Geschah dies verfrüht?

Der Bundesrat handelte richtig. Die Chinesen haben das Seidenstrassenprojekt nach der Kritik aus dem Westen – darunter auch der Schweiz – nachjustiert. Die Schweiz liegt überdies zwischen den grossen Blöcken. Sie kann deshalb mehr Flexibilität zeigen als die Grossmächte. Ausserdem beteiligt sich der Bund ja nicht mit eigenem Geld am Infrastrukturprojekt.

Der Bundesrat hat versucht, Peking bei dieser Gelegenheit ein Bekenntnis zu den Menschenrechten abzurufen – die Gespräche kamen aber nie voran.

Diese Forderung ist berechtigt. Wir sollten den Handlungsspielraum der Schweiz aber nicht überschätzen. Selbst wenn es gelingt, elementare menschenrechtliche Grundsätze in einem Abkommen zu verankern, wäre es eine Illusion zu glauben, dass Chinas Machthaber der Schweiz wegen die Weichen neu stellen.

Sie waren selber Schweizer Botschafter in China. Sprechen Sie aus Erfahrung?

Ja. Wir haben damals als weltweit zweites Land einen Menschenrechtsdialog mit China begonnen. Wir fokussierten auf den Strafvollzug – das hatte einige Folgen. Ich habe aber zur Genüge beobachtet, wie Politiker an Pressekonferenzen erklärten, sie hätten die Menschenrechte in China zur Sprache gebracht. In Wahrheit hatten sie in den Gesprächen mit den chinesischen Machthabern unkritisches Wohlwollen geäussert.

Ihr Freund, der Künstler Ai Weiwei, sagte jüngst in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger», die Schweiz habe mit dem Seidenstrassen-Abkommen ihre Werte geopfert, des Geldes wegen. China habe darüber gelacht.

Ich bin mit Ai Wei Wei befreundet. Das heisst aber nicht, dass wir immer gleicher Meinung sind.

Die Schweiz hat ihre Werte also mit dem Abkommen nicht verraten?

Nein. Wei Wei ist Gesinnungstäter. Er wird in seinem Handeln nie einen Kom-

promiss eingehen. Wei Wei muss aber auch kein Land führen. Ein kleiner Staat wie die Schweiz kommt nicht darum herum, praktikable Lösungen anzustreben, wenn sie ihren Spielraum ausschöpfen will. Das heisst aber nicht, dass sie ihren Grundsätzen untreu werden muss.

Die Schweizer Politik gegenüber Peking wirkt oft zufällig. Braucht es eine aussenpolitische Strategie für China?

Natürlich können wir uns eine ausgeklügelte Strategie zurechtlegen. Diese müssten wir aber wohl schon am nächsten Tag wieder über den Haufen werfen. Die Schweiz ist klein. Deshalb braucht es einen groben Plan und dann einen gewissen Grad an Opportunismus und Pragmatismus in der Aussenpolitik. Das ist gelegentlich unschön. Aber wir müssen realistisch anerkennen, dass uns nichts anderes übrig bleibt.

Andere Länder beginnen in Reaktion auf China, heimische Sektoren zu schützen. Braucht auch die Schweiz eine Industriepolitik?

Nein. Andere westliche Länder wie Deutschland und Frankreich sind viel stärker abhängig von einzelnen Sektoren und stehen dort auch im Wettbewerb mit chinesischen Anbietern, etwa in der Schwer- oder der Autoindustrie. Da gibt es vitale nationale Interessen. Schweizer Unternehmen sind vergleichsweise in Nischen tätig. Dadurch ist unser Land wirtschaftlich viel stärker diversifiziert und weniger verwundbar. Die Schweizer Industrie braucht keine staatliche Unterstützung dieser Art. Was es allerdings braucht, ist mehr China-Kompetenz.

Trotzdem hat die Übernahme von Syngenta durch Chem China die Politik aufgeschreckt – und den Ruf nach Investitionskontrollen laut werden lassen.

Was die Schweiz unbedingt schützen muss, sind der Infrastruktur- und der Finanzsektor. Doch bereits heute verhin-

«Die Schweiz darf nicht meinen, sie könne den Chinesen nach dem Maul reden und das bringe ihr dann Vorteile ein.»

dern dort Spezialgesetzgebungen, dass ungesunde Abhängigkeiten entstehen können. Die Schweizer Wirtschaft schadet sich selber, wenn sie wegen China den freien Kapitalverkehr behindert.

Sie befinden sich derzeit in Peking. Die Partei ist daran, ein System aufzubauen, das mithilfe von Algorithmen das Wohlerhalten der Bürger und Unternehmen bewertet. Wie besorgniserregend ist diese Entwicklung?

China betritt Neuland. Man hat das noch nirgendwo versucht. Man hatte auch noch nirgendwo die technologischen Möglichkeiten, die China jetzt hat. Die Mechanik, die auf Big Data zugreift, orientiert sich nicht an westlichen Grundsätzen zum Schutz der Privatsphäre. Das ergibt einen unglaublich machtvollen Mix, der den Staat in eine neue Rolle bringt, die man vorher nicht kannte.

Kann man von einer Neuerfindung der Diktatur zu sprechen?

Ja. Wenn das System realisiert wird, ist eine Opposition nicht mehr möglich. Präsident Xi Jinping verfolgt die Doktrin einer harmonischen Gesellschaft. Harmonie heisst: Dissens wird sofort bestraft. Und wenn ein solcher Mechanismus mit einer sofortigen Belohnung oder Bestrafung zur Verfügung steht, wie jetzt mit dem Social-Credit-System absehbar, wird es sehr schwer, aufzubegehren. Zumal der Staat auch weiss, mit wem seine Bürger am Telefon verkehren oder wer seine WeChat-Partner sind. Er kennt alle Transaktionen, alle Präferenzen, alle Telefongespräche. Eine andere Meinung zu vertreten, als die Algorithmen einfordern, ist dann kaum mehr möglich.

Die Regierung sagt, das Vertrauen in der Gesellschaft sei derart am Boden, dass es diese Neuerung brauche.

Viele Chinesen denken so. Und die Misstrauensgesellschaft ist eine Realität. Aber was geschieht, wenn das System einmal in allen Lebensbereichen eingesetzt wird? Und wo soll man sich dann über den Algorithmus beklagen? Das öffentliche Brandmarken ist ja ein Teil des Systems und entfaltet seine volle Wirkung erst, wenn alle alles wissen.

Müssen Firmen nun vorsichtiger sein oder gar aufhören, mit China zu geschäften?

Sie müssen sicher vorsichtiger sein. Beim Social-Credit-System für Firmen gibt es nun um die 300 Regulierungen, diese muss man bei völliger Daten-Transparenz einhalten. Alle müssen sich dem unterziehen. Dadurch sollen ausländische Unternehmen auch nicht mehr diskriminiert werden, eine gerechtere Welt quasi. Man kann dem auch etwas abgewinnen.

China tritt auch gegen aussen aggressiver auf. Muss sich der Westen vor der neuen Grossmacht fürchten?

Xi will China wieder in die Mitte der Welt führen, dahin, wo es mal war. Er dachte, Trump böte ihm dazu ein Gelegenheitsfenster. Deshalb dieser harte Kurs gegen aussen, wie etwa im Südchinesischen Meer. Doch er hat Trumps Unberechenbarkeit unterschätzt. Er ist wohl zu schnell zu weit vorgeprescht.

Wie sollen offene und freiheitlich organisierte Gesellschaften des Westens mit der Herausforderung China umgehen?

Wir können zwar einen dicken Hals machen über alles, was aus China kommt. Letztlich aber bleibt uns nichts anderes übrig, als mit China zu kooperieren. Denn das Land ist wirtschaftlich ungeheuer eng mit dem Westen verflochten. Und aufgrund ihrer Wirtschaftsleistung wird die Volksrepublik bald die Nummer eins der Welt sein. Deshalb fordert sie ihr Recht mit einem ganz anderen Hebel ein.

Sie sagten, der Westen müsse seine demokratischen Prozesse überdenken. Was meinen Sie damit?

Wir müssen nicht chinesisch werden. Aber wir müssen uns klar steigern, um die Herausforderung China in Zukunft besser zu meistern. Dazu gehört, dass wir uns Gedanken über unsere Demokratien machen. Viele davon sind heute praktisch unregierbar. Sie können nicht so weitermachen, wenn sie gegen starke Nationen wie China bestehen wollen.

Sollen Länder wie die Schweiz etwa nach chinesischem Vorbild ein Sozialkreditsystem einführen?

Nein, auf keinen Fall. Aber unsere Instanzen müssen schneller werden. Nehmen Sie das Beispiel der Stadien in Zürich. Natürlich sind wir stolz auf die vielen Interventionsmöglichkeiten der Bevölkerung. Aber vielleicht sind nicht alle davon unerlässlich. Auch müssen wir von den digitalen Entscheidungen wegkommen, wo es nur ein Ja oder ein Nein gibt. Wir können praktisch nie aus mehreren Alternativen wählen. Alles läuft auf die Pole zu, mehr und mehr auch in der Schweiz. Der Kompromiss gilt ja schon als ehrenrührig.

Sie wollen demokratische Rechte abbauen, um politische Entscheide zu beschleunigen?

Nicht nur. Stimmbürger sollten doch über drei bis vier Möglichkeiten abstimmen können. Vielleicht würden wir so von der Polarisierung wegkommen, welche die Demokratien lähmt. Aus Sicht von China und etwa 150 Staaten mit andersgeartetem politischem System gibt der Westen derzeit ein desolates Bild ab.

Hätten solche Entscheide dann nicht weniger Legitimität?

Das mag sein. Nur nützt diese Legitimität nichts, wenn die Qualität der Entscheide immer schlechter wird. Diese Legitimität hat uns bisher befriedet, aber das tut sie immer weniger. In den USA nimmt ein Demokrat oder ein Republikaner längst nicht mehr hin, was die Mehrheit beschlossen hat. Stattdessen streiten sie endlos weiter. In der Schweiz sind wir noch nicht so weit. Aber auch wir müssen uns verbessern, um gegen China bestehen zu können.

Szenen einer schwierigen Freundschaft

Wie die Schweiz seit 70 Jahren mit China geschäftet

MARCTRIBELHORN

Für einmal kann es dem Bundesrat nicht schnell genug gehen. Am 17. Januar 1950 beschliesst er die Anerkennung der Volksrepublik China – als einer der ersten Staaten im Westen. Max Petitpierre, der Aussenminister und amtierende Bundespräsident, schreibt gleichentags ein Telegramm an «son Excellence Monsieur Mao Tsé Tuong». Er wünsche, dass die ausgezeichneten Beziehungen, die bis dato zwischen China und der Schweiz geherrscht hätten, fortbestünden. Auch zitiert Petitpierre den Gesandten der gestürzten nationalchinesischen Regierung in Bern zu sich, um ihm mitzuteilen, dass sein Mandat beendet sei. Das Vorpreschen des Bundesrats irritiert die Öffentlichkeit: Weshalb spielt sich die Schweiz als diplomatische Avantgarde auf? Und wieso nimmt sie ausgerechnet Beziehungen zu Kommunisten auf?

Bereits im Oktober 1949, nach Maos Ausrufung der Volksrepublik, hat der Freisinnige Petitpierre seine Bundesratskollegen von diesem Schritt überzeugen können. Die Schweiz ist seit dem Zweiten Weltkrieg aussenpolitisch isoliert und setzt daher auf das Prinzip der Universalität, also auf die Kontaktpflege mit allen Mächten. Petitpierre erkennt die Rolle, die China künftig in der Weltpolitik spielen dürfte. Und der Bundesrat erhofft sich handfeste wirtschaftliche Vorteile im «Reich der Mitte»: China ist das bevölkerungsreichste Land der Welt und muss nach dem Bürgerkrieg seine Infrastruktur wiederaufbauen; es locken Aufträge. Zudem sollen die Interessen von Schweizer Firmen in China, denen Enteignungen durch die Kommunisten drohen, bestmöglich geschützt werden.

Schrecken der Kulturrevolution

Doch die Schweizer Erwartungen sind lange Zeit zu hoch, wie Quellen belegen, die von der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (www.dodis.ch) publiziert worden sind. Zwar bleiben die Kontakte freundschaftlich: So bereitet der Bundesrat 1954 dem Ministerpräsidenten Zhou Enlai anlässlich der Indochina-Konferenz in Genf einen staatsmännischen Empfang. Auch wird die Schweiz zur Drehscheibe für Chinas Europapolitik. Doch die Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich nur schleppend. Und erst 1961 kommt es zu einer Kompromisslösung über eine schweizerische Schadenersatzforderung wegen der kommunistischen Verstaatlichung.

Zu heftigen diplomatischen Verstimmungen führt 1966 Maos verordnete Anarchie, die Kulturrevolution. Der Botschafter Hans Keller schickt nach Bern einen vertraulichen Bericht mit dem Titel «Traurige Rückkehr nach Peking». Das Schweizer Botschaftsgebäude werde belagert, überall hingen Plakate mit fremdenfeindlichen Parolen, sein Personal sei «Drohungen und Gefahren» ausgesetzt. Keller schreibt, er habe den Naziterror und sowjetische Gefangenenlager gesehen, «noch nie aber empfand ich in meinem Leben einen derartigen Ekel wie vor den Ausschreitungen der Roten Garden». Seine Proteste bei den Chinesen bleiben ungehört. Nach Bern kabela er: «Wir sind offenbar an einem Tiefpunkt unserer Beziehungen zu China angelangt.»

In der Schweiz spitzt sich der Konflikt weiter zu. Peking beschwert sich über die Aufnahme tibetischer Flüchtlinge, der chinesische Botschafter bezeichnet sie als «Monster». Anlässlich der Eröffnung des Tibet-Instituts in Rikon 1967 fordert dieser ultimativ, dass Bern «seine Haltung ändere». Für Ärger sorgen auch ein «falscher Grenzverlauf» in einem China-Bildband des Fotografen Emil Schulthess und Mao-Karikaturen in Zeitungen, was als «Beleidigung des chinesischen Volkes» gedeutet wird. Der Bundesrat betont, er wolle keinen Abbruch der Beziehungen. Doch ein solcher «wäre nicht so schlimm», heisst es an einer Sitzung des Gremiums – im Wissen um das noch immer unbedeutende Handelsvolumen.

Aber so weit kommt es nicht. Das Verhältnis wird von Diplomaten bald wieder als «ausgezeichnet» beschrieben. Eine rege Besuchsdiplomatie entwickelt sich: 1973 bereisen die Alt-Bundesräte Max Petitpierre und Willy Spühler das Land, 1974 eröffnet Aussenminister Pierre Graber in China eine schweizerische Industrieausstellung, 1975 weiht Verkehrsminister Willi Ritschard die Swissair-Linie Zürich–Peking–Schanghai ein. Der neue starke Mann nach Maos Tod, Deng Xiaoping, spricht von der «traditionellen Freundschaft» zur Schweiz. Die helvetische Diplomatie jubelt über den Reformen: «Es ist unverkennbar, dass in China ein neuer Geist herrscht.»

Durchbruch beim Nachtessen

Der potenziell gigantische Absatzmarkt beflügelt die Phantasie der Schweizer Exportwirtschaft. Die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung erstellt einen Leitfaden mit Verhaltensregeln («Äussern Sie keine politischen Werturteile und keine Kritik. Die Chinesen sind sensible Gesprächspartner»). Auch die politische Schweiz will ja kein Missfallen: Dem Dalai Lama wird 1973 die Einreise bewilligt, aber der «Besuch muss ausschliesslich privaten Charakter haben». Zwei Jahre später möchte das Aussendepartement nach chinesischem Protest einem Jugendorchester aus Taiwan das Visum entziehen, da «langfristige schweizerische Wirtschaftsinteressen auf dem Spiel stehen, die wir nicht leichtfertig gefährden sollten».

«In China stehen den Schweizern sowohl der Himmel wie die Erde und das, was unter ihr liegt, offen.»

Wang Zhen
Chinesischer Vizeministerpräsident (1988 bis 1993)

Als «Höflichkeitsgeste» richtet der Bundesrat im November 1978 in Genf ein Nachtessen für den durch Europa reisenden Vizeministerpräsidenten Wang Zhen aus. Am Tisch lässt dieser die Bombe platzen: dass auch der «Grosse Vorsitzende» Mao «gegen Investitionen und Kredite nichts einzuwenden hatte, vorausgesetzt, dass sie im gegenseitigen Interesse liegen». Und er betont: «In China stehen den Schweizern sowohl der Himmel wie die Erde und das, was unter ihr liegt, offen.» Schon im März 1979 reist Bundesrat Fritz Honegger an der Spitze einer Wirtschaftsdelegation nach China, um Kooperationen auszuloten. Das erste Joint Venture in China überhaupt kommt mit dem Schweizer Liftbauer Schindler zustande – eine Weltsensation. Bis 1990 verdreifacht sich der Handel zwischen den Ländern; die Schweiz kann auf viel «Goodwill» zählen.

Trotz wirtschaftlicher Prosperität bleiben die Friktionen aber nicht aus. Die Eidgenossenschaft verurteilt wie die meisten westlichen Länder die blutige Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz 1989, geht aber schon nach kurzer Zeit wieder zu einer Politik des Dialogs über. Zum Fiasko gerät 1999 aber der Besuch von Chinas Staatschef Jiang Zemin. Zuerst verärgert eine exil-tibetische Demonstration vor dem Bundeshaus den hohen Gast, dann die Rede von Bundespräsidentin Ruth Dreifuss, die das Thema Menschenrechte forciert. Doch der chinesische Drache lässt sich wieder besänftigen. Die bilateralen Beziehungen gedeihen auch in den Folgejahren. Und wieder gehört die Schweiz zur Avantgarde: 2013 schliesst sie mit China ein Freihandelsabkommen ab – als zweites europäisches Land nach Island.

Kunstsammler und Chinakenner

dvp./stt. · Uli Sigg, 73, ist wohnhaft im Schloss Mauensee. Der gebürtige Luzerner startete seine Karriere als Wirtschaftsjournalist. 1980 gründete er als Manager des Aufzugsherstellers Schindler das weltweit erste westliche Joint Venture in China. Von 1995 bis 1998 war Sigg Botschafter der Schweiz für China, Nordkorea und die Mongolei. Er gilt als wichtigster Sammler chinesischer Gegenwartskunst. Die Hälfte der Kunstwerke schenkte der einstige Spitzenrunder dem Museum M+ in Hongkong, das im kommenden Jahr eröffnet werden soll. Sigg sitzt im Beirat der staatlichen China Development Bank.